

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,
Dienstag, Donnerstag und
Samstags. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 23. Halle. Donnerstag, den 23. November.

1848.

Inhalt: Der wahre Stand der Dinge in Berlin. — Sitzung des Konstit. Clubs zu Halle.

Der wahre Stand der Dinge in Berlin.

Von R. Hayn.

Frankfurt, den 18. Novbr.

Die Nr. 19 Ihres Bürgerblattes enthält einen Aufsatz über die gegenwärtigen Bemüßnisse in Preußen, welcher nach Inhalt und Tendenz denjenigen Ansichten diametral zuwiderläuft, welche ich über dieselbe Angelegenheit habe und mit der Majorität der hiesigen Nationalversammlung theile. Denn ich sehe in diesem großen und entscheidenden Konflikte auf Seiten der Krone. — Sie stellen sich auf die Seite derjenigen Versammlung, welche mir nicht mehr als Nationalversammlung, sondern als ein rebellisches Rumpsparlament gilt. Ich darf daher nicht erwarten, daß Sie schon jetzt einem Aufsätze einen Raum in Ihrem Blatte gewähren, welcher die der Ihrigen entgegengesetzte Ueberzeugung vertritt. *) Aber Eins darf ich von Ihrer Wahrheitsliebe, sowie von der Gemeinschaftlichkeit erwarten, in welcher wir bisher in den schweren politischen Aufregungen dieser Zeit verbunden waren. Sie werden die Aufklärungen, die thatsächlichen Berichtigungen nicht von sich weisen, welche doch allererst das Urtheil über diese Sache sicher bestimmen können. Ich verhalte mich rein als Berichterstatter, ich bitte Sie, mir in die deutsch-reformirte Kirche, das gegenwärtige Sitzungslokal der deut-

*) Ich bedaure sehr, daß der geehrte Verfasser sich hat abhalten lassen, sein Urtheil über den Rechtspunkt, der nicht nur mir, sondern fast der gesammten konstit. Partei das Concept verrietzt hat, mitzutheilen, da man in Frankfurt gewiß ruhiger und unparteiischer die Sachlage erwägt als wir. Das Ueberschreiten bestehender Gesetze und der Umstand, daß diese Ueberschreitung von einem Ministerium ausging, zu welchem das Land kein Vertrauen hatte, bewog die konstit. Partei zu einer kräftigen Unterstützung des Rechts der N.-B. gegen die Krone. Der Fehler scheint mir auf beiden Seiten zu liegen. Möge der Herr Verf. bald seine Ansicht über jenen Rechtspunkt darlegen und sich überzeugt halten, daß ich mich nicht gekränkt fühlen kann, wenn ich eines Bessern belehrt werde.

Rr.

schen N.-B. zu folgen und dem am heutigen Tage hier Vorgefallenen Ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Sie kennen unsern Beschluß vom 14. d. M. Die N.-B. stellte sich in demselben — wie namentlich die Motive ausweisen — wesentlich auf die Seite der Krone; aber sie suchte zugleich die Maßregeln derselben zu läutern, von dem ihnen anhaftenden reaktionären Scheine zu befreien, sie versuchte noch einmal zu vermitteln zwischen den feindlich gegenüberstehenden Parteien. Dies Letztere, weil die Thatsachen noch nicht in vollem Umfange bekannt waren.

Heut jedoch sind sie bekannt. Der Unterstaatssekretär Bassermann, als Abgesandter der Reichsgewalt nach Berlin geschickt, ist gestern Abend zurückgekehrt. Heut morgen stand ein excentrischer Antrag von Rappard auf unsrer Tagesordnung, welcher unsern Beschluß vom 14. umstoßen und uns zur entschiednen Parteinahme für das Rumpsparlament bestimmen wollte. Da aber trat Bassermann auf die Tribüne. Ich habe fast wörtlich seine Rede aufgefangen und hier ist sie:

„Ich danke dem Redner vor mir“), daß er meinem Streben wenigstens noch eine gute Absicht zutraute. Ueber die Richtigkeit seiner oder meiner Ansichten, über die Grenzen der Revolution hat uns vielleicht ein Nachbarland gewichtige Winke gegeben.“

„Aber ich gehe über auf meine Wirksamkeit in Berlin und auf die Gründe meiner Rückkehr von dort. Die Zustände, welche seit Langem in Berlin herrschten, die Unfreiheit ihrer Berathungen, die Vorfälle vom 31. October, endlich die Vernagelung des Sitzungslokales — das Alles, meine Herren, ist Ihnen bekannt. Wohin diese Zustände die Versammlung geführt, zu welchem Widerspruche insbesondere mit uns, mit der deutschen Nationalversammlung, das wissen Sie gleichfalls.“

*) Dem Antragsteller Rappard. Derselbe hatte gesagt, er ehre Bassermann's frühere Wirksamkeit. Seitdem aber sei derselbe hinter der Revolution zurückgeblieben, und so habe er auch in Berlin gehandelt.

Sollte eine Harmonie zwischen Frankfurt und Berlin herbeigeführt werden, so mußte vor Allem die Freiheit der Berathung dort wiederhergestellt werden, es mußte außerdem mit dem Preussischen Ministerium über das Verhältniß Preußens zur Centralgewalt verhandelt werden. Dies meine Aufgabe, dies der Sinn meiner Mission."

"Schon unterwegs, auf der Station in Dessau hörte ich gerüchtsweise von den Maßnahmen der Preussischen Regierung. In Luckenwalde wurden diese Gerüchte zur Wahrheit. Sie können daher denken, mit welchen Erwartungen ich nach Berlin kam. Mich erschreckte der Anblick der Stadt, die Bevölkerung auf den Straßen, die Gestalten, welche sich dort bewegten. Am nächsten Morgen nach meiner Ankunft begab ich mich sofort in die Sitzung desjenigen Theils der N. B., welcher trotz der Verlegung seine Sitzungen fortsetzt. Beim Anblick der Versammlung, beim Anhören ihrer Verhandlungen wurde mir klar, daß ernstliche Gefahren für die Preussische Monarchie vorhanden seien, wenn nicht bald der Lage der Dinge eine andre Wendung gegeben werde. Ich setzte mich ferner in Vernehmen mit Mitgliedern jener Versammlung, mit einem Theile der Berliner Bürgerschaft; auch ein Abgesandter des demokratischen Clubs besuchte mich täglich, so daß ich wohl sagen kann, daß ich ein vollständiges Bild der dortigen Verhältnisse aufgenommen habe. Der Zustand Berlins war ein höchst unerfreulicher. Die Blätter, welche auf den Straßen gelesen werden, überschreiten alles Maas; das ist nicht die freie Presse, wie wir sie ersehnt haben. Sie finden, um nur ein Beispiel anzuführen, an allen Ecken Berlins den „Traum eines Republikaners.“ Rings um einen Republikaner erblickt man Laternenpfähle mit Gehenkten. Weiter aber die Zustände, welche die N. B. selbst betreffen. Mehrmals ist es so weit gekommen, daß die Mitglieder der Rechten nur dem Zufall ihr Leben dankten. Vor dem Sitzungssaale war die rothe Fahne entfaltet, und die Bürgerwehr zeigte sich ohnmächtig gegen die Massen. Eines Abends haranguirte ein Redner das Volk: man möchte Messer und kurze Beile mitbringen; dann könne Jeder viel besser seinen Mann aus der Masse herausholen — und am anderen Tage fanden sich an tausend solcher Beile in den Händen des Volkshaufens; man rief: Wo ist der und der? und nannte die Namen mißliebiger Mitglieder der Versammlung. Manchmal durch Zufall, manchmal durch die Dienstleistung eines Freundes entgingen die so Bedrohten augenscheinlicher Lebensgefahr, die um so größer war, als durchaus die größte Straf- und Gesetzlosigkeit herrschte. Denn dreimal verlangten ja die Mitglieder der Rechten Schutz: dreimal verweigerte denselben die Majorität!"

"Ich habe nun in Berlin vor Allem die Minister gesprochen. Ich fand dieselben in der größten Fassung, die mich in Erstaunen versetzte. Sie erklärten mir, wie sie zu dem Entschlusse gekommen, die bekannten Maßregeln zu treffen. Es versteht sich, daß es unmöglich

war, in diesem Augenblicke die Beziehungen der Centralgewalt zur Preussischen Regierung — den ursprünglichen und wichtigsten Theil meiner Sendung — zur Sprache zu bringen. Nur von der Situation des Augenblicks konnte die Rede sein. Ich sprach meine Befürchtungen aus: sie gaben die Versicherung, daß an eine Entziehung der Freiheiten, an eine Reaktion nicht zu denken sei. Ob die gegenwärtigen Minister abtreten werden, sobald die Maßregeln, die sie unternommen, vollzogen sein werden, das darf und kann ich hier nicht sagen. Vergeblich aber fragte ich überall, worauf sich denn das Mißtrauen gegen das Ministerium Brandenburg gründe. Ich habe nirgends irgend erhebliche Thatsachen erfahren, die diesen Männern zur Last gelegt werden könnten. Dem Grafen Brandenburg wußte man nur einen Armeebefehl, ähnlich dem Wrangel'schen zur Last zu legen und von Manteuffel citirte man einige Stellen aus Reden vom Preussischen Landtage, in denen er gegen Herrn von Vincke spricht. In die Reinheit ihres Privatcharakters setzte Niemand einen Zweifel."

"Ich verfügte mich weiter am nächsten Tage zum Könige. Es ist nicht eigentlich parlamentarische Sitte, mitzutheilen, was man mit einem Monarchen conferirt; aber ich glaube doch sagen zu dürfen, wie ich im Allgemeinen den König gefunden. Was die Beziehungen zu Frankfurt anbetrifft, so fand ich ihn deutscher als ich geglaubt. Während die Berliner Versammlung in Beziehung auf Posen einen Beschluß gefaßt hat, welcher dem unfrigen geradezu widerspricht, so war der König entschlossen, unseren Beschluß auszuführen zu lassen; ich fand ihn aber ferner entschlossen, den Scenen in der Hauptstadt ein Ende zu machen. Er sah es als eine große und ernste Pflicht an, Preußen, Deutschland und die Gesittung unseres Volkes vor dem Untergange zu retten. Zugleich fand ich ihn merkwürdig gefaßt auf Alles, auch auf das Aeußerste, was in Folge der ergriffenen Maßregeln eintreten könnte, ich fand ihn entschlossen, dieselben bis an's Ende durchzuführen."

"Auch dem König verhehlte ich nicht, welche Befürchtungen von den Folgen der Maßregeln, über das Eintreten einer Reaktion man hege. Aber auch hier wurde ich vollständig beruhigt: ich fand, daß jene Befürchtungen vollkommen alles Grundes entbehrten."

"Nach Berlin zurückgekehrt, fand ich, daß die Verhandlungen des widersehtlichen Theils der N. B. fortgedauert hatten unter übrigens ganz veränderten Umständen. Wrangel war in die Stadt eingezogen und diese hatte alsbald ein verändertes Ansehen gewonnen. Die Bevölkerung zeigte eine wesentlich andere Gestalt; die Straßen waren wieder belebter geworden, und wenn ich von Bürgern sprach, der theilte mir mit, daß er seit Langem zum ersten Mal wieder das Gefühl der Sicherheit habe, und Keinen habe ich gefunden, der nicht über die wiederhergestellte Ordnung sehr erfreut gewesen wäre."

"Ich glaubte es aber ferner in meiner Pflicht, einen Versuch zu machen, den Conflict zwischen Regie-

zung und Versammlung gütlich zu vermitteln. Ich begab mich zu Hrn. v. Unruh, aber der Versuch mißlang. Er weigerte sich, darauf einzugehen, mit der Erklärung, ein solcher Vermittlungsversuch werde von der Versammlung nicht angenommen werden. Ich war sodann Zeuge einer Unterredung, welche Grabow mit einem Mitgliede des Centrums hatte. Auch diese Unterhandlung schlug fehl; aber bei beiden Gelegenheiten kam zur Sprache, unter welchen Bedingungen die Versammlung sich zu einem Compromiß mit der Krone bereit finden werde, und wir drangen dabei darauf, die Bedingungen so milde zu stellen, als irgend möglich, jedenfalls aber dieselben deutlich auszusprechen. Sie wurden ausgesprochen, und ich bin verpflichtet, Ihnen, meine Herren, dieselben mitzutheilen; sie werfen ein Licht auf dasjenige, was uns bevorsteht, wenn die Versammlung siegte. Man sprach aus, man verlange, wenn man sich mit der Krone vertragen solle, die Verbannung aller Preussischen Prinzen aus der Monarchie (Hört, hört!), die Verhaftung Wrangels und aller Minister, sowie den Hochverrathsprozess gegen diese sämmtlich; ferner unbedingte Unterwerfung des Königs unter die Beschlüsse der Versammlung bis zur Zeit der Vollendung der Verfassung, desgleichen Entfernung alles Militärs aus Berlin, endlich ein Ministerium aus dem linken Centrum mit Waldeck und Jacobi!!"

(Beschluß folgt.)

Konstitutioneller Club zu Halle.

Sitzung vom 18. November.

Prof. Burmeister, welcher in Abwesenheit Dr. Eckstein's heute den Vorsitz übernahm, eröffnete die Sitzung mit einer Mittheilung über die Entstehung und Wirksamkeit des in voriger Woche zusammengetretenen Sicherheitsausschusses, sowie über die Gründe, welche seine Auflösung herbeigeführt haben. Der Sicherheitsausschuß habe sich besonders deshalb gebildet, um die in Folge der Maßregeln des neuen Ministeriums entstandene Aufregung wo möglich auf dem gesetzlichen Boden zu erhalten. Es habe deshalb keineswegs auch im Plane des Ausschusses gelegen, irgend eine der bestehenden Behörden in ihrer Wirksamkeit zu hemmen, sondern vielmehr dieselben durch den Zutritt der verschiedenartigsten Meinungen in der richtigen Anschauung der öffentlichen Zustände zu unterstützen. Auf die Bekanntmachung des Oberpräsidenten habe man sogleich die Meinung des Magistrates eingeholt, um in keiner Weise das Einvernehmen mit demselben aufzubrechen; nachdem dieser das Fortbestehen des Ausschusses nicht mehr für nöthig gehalten, habe der Ausschuß auch nicht angestanden, sich sofort wieder aufzulösen.

Herr Hüser suchte hierauf vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit aus einige Bedenken gegen die vor 8 Tagen gefaßten Beschlüsse des Clubs über die Vertagung und Ver-

legung der Nationalversammlung nach Brandenburg geltend zu machen. Er sei fest überzeugt, daß der König sein Versprechen, ein konstitutioneller Fürst zu sein, halten werde. Um diese Verfassung zu Stande zu bringen, sei die Provinzialstadt Brandenburg ebenso geeignet, wie die Hauptstadt Berlin; die Staaten Nordamerikas liefern manigfache Beweise, daß die höchsten Gewalten nicht nothwendig in der Hauptstadt des Landes vereinigt zu sein brauchen. Gebe man aber dem König nicht das Recht zur Vertagung, so sei der Versammlung die Möglichkeit gegeben, immer und ewig zusammenzubleiben. Dr. Hase weist auf das Gerücht hin, wonach beabsichtigt werden soll, falls eine Einigung mit der Nationalversammlung nicht zu Stande käme, eine Verfassung zu octroyiren, und sucht das Ungerechte einer solchen Maßregel nachzuweisen. Prof. Burmeister vertheidigt gleichfalls die Ansicht, daß, nachdem die jetzige Versammlung zur Vereinbarung berufen worden sei, dieselbe nothwendig auch befragt werden mußte, wenn die Krone jetzt zu einer Decroyirung sich entschließen wollte. Dr. Hüser, Dr. Delbrück und Hase kommen nochmals auf das Recht der Krone zur Vertagung und Verlegung der Versammlung zurück; während der erstere und letzte aus dem Wahlgesetze die Prærogative der Krone zu begründen suchen, glaubt Dr. Delbrück, daß auch in diesem Punkte die Vereinbarung nothwendig gewesen sei, da dies Recht ebenso gut als ein verfassungsmäßiges Recht zu betrachten gewesen sei. von Bassewitz hält den ganzen Streit nach dem Richterspruche der Frankfurter Nationalversammlung für entschieden; ebenso Prof. Burmeister, der den Ausspruch der Frankfurter Versammlung, wenn auch nicht vom Standpunkte des strengen Rechtes aus als vollkommen gerechtfertigt, so doch von dem Gesichtspunkte politischer Klugheit als eine passende Vermittelung betrachtet. Auf Antrag des Hrn. v. Bassewitz, der noch in den Herren Hase, Hüser und Gärtner Unterstützung findet, beschließt der Club, eine öffentliche Erklärung in diesem Sinne abzugeben. 1)

Dr. Hase macht auf das Gesetz vom 24. September d. J. aufmerksam, nach welchem das Staats-Ministerium verpflichtet ist, sobald zeit- oder Distriktsweise die Freiheit der Person gegen nichtrichterliche Verhaftung und die Unverletzlichkeit der Wohnung suspendirt ist, die Zustimmung der Vertretung des Volkes einzuholen und daher, falls dieselbe nicht versammelt sein sollte, sie sofort zu berufen. Er beantragt, da dieser Fall jetzt durch den über Berlin ausgesprochenen Belagerungszustand eingetreten sei, das Ministerium zur Einberufung nach dem Gesetze aufzufordern.

Dr. Hüser und Hase halten die Verpflichtung des Ministeriums in diesem Falle nicht für begründet, weil der Belagerungszustand erst in Folge der Vertagung der N.=V. geschehen, außerdem aber ja auch dieselbe bereits wieder einberufen sei: wogegen von anderer Seite eingewendet wird, daß nicht die Vertagung unmittelbar, sondern erst die Weigerung der Berliner Bürgerwehr, zur Aufhebung der N.=V. mitzuwirken, den Belagerungszustand herbeigeführt, die bereits früher geschehene Festsetzung des Wiederbeginnes der Sitzungen nicht als eine sofortige Ein-

berufung gelten könne. Auch die beantragte Erklärung und Aufforderung wurde daher schließlich angenommen. 2)

Dr. Hüfer stellte dagegen das Verlangen, daß der Club auch über den letzten Beschluß der N.=V. behufs der Steuerverweigerung seine Mißbilligung aussprechen möge. Ein Mitglied der Versammlung erinnerte hierauf daran, daß man nicht durch einen solchen Beschluß die N.=V., der man eben seine Zustimmung erklärt, desavouiren möge. Die Nationalversammlung habe nach Erschöpfung aller anderen Mittel zu diesem letzten und äußersten greifen müssen; er sei die Antwort auf den ungesetzlichen Belagerungszustand gewesen, der gleichfalls Handel und Wandel zerstöre. v. Bassewitz befreitete der N.=V. das Recht zu diesem Beschlusse, selbst wenn man ihn etwa, was aber nicht der Fall sei, durch die Umstände geboten halte. Die Versammlung habe nie das Recht, bei neu aufzulegende Steuern ihre Zustimmung zu erhalten; ihr Bewilligungsrecht könne nicht auf die längst bestehende gehen. Herr Hefster bemerkte hingegen, daß durch das Versprechen des Finanzministers, das vollständige Budget vorzulegen, jedenfalls der Versammlung das Raumbewilligungsrecht im weitern Umfange eingeräumt sei, der Beschluß selbst aber müsse in Anbetracht der Umstände jedenfalls gerechtfertigt erscheinen. Justiz-Comm. Fritsch hielt den Beschluß als dem Aufruf zu einer socialen Revolution enthaltend für weit gefährlicher und deshalb verwerflicher, als wenn die Nat.-Vers. die Aufforderung zum offenen Aufruhr hätte ergeben lassen; wogegen Herr Förster erläuterte, daß keineswegs die Aufforderung, überhaupt keine Steuern zu zahlen, ergangen sei, sondern daß die Nat.-Vers. nur das hochverräterische Ministerium consequenter Weise für unfähig zur Verwaltung von Staatsgeldern und deshalb zur Einziehung von Steuern erklärt habe. Unter allgemeinem Zuruf erklärte sich jedoch die Versammlung für Fortbezahlung der Steuern, und beschloß auch in diesem Sinne eine öffentliche Erklärung zu erlassen. 3)

Dr. Zase.

Erklärung.

Der constitutionelle Club zu Halle, stets von der Ueberzeugung geleitet, daß es die vorzüglichste Aufgabe der Centralgewalt sei, in den politischen Verwickelungen der einzelnen deutschen Staaten die Vermittelung zu übernehmen, so wie, daß den Regierungen und Ständen dieser Staaten die Pflicht obliege, sich den von der Centralgewalt in Einvernehmen mit der deutschen Nationalversammlung gefaßten Beschlüssen bereitwilligst unterzuordnen, hat mit Freuden die rasche Entscheidung vernommen, welche von der letzteren in Bezug auf den beklagenswerthen Conflict der zur Vereinbarung berufenen preussischen Nationalversammlung mit der preussischen Krone gefaßt hat. Die Nationalversammlung hat in ihrer Sitzung vom 14. November beschlossen:

1. daß die Königl. Preussische Regierung dahin zu bestimmen sei, daß sie die angeordnete Vertagung der preussischen Nationalversammlung nach Brandenburg zurücknehme, sobald Maßregeln getroffen sind, welche ausreichend erscheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Beratungen in Berlin sicher zu stellen.
2. daß die preussische Krone sich alsobald mit einem Ministerium umgeben, welches das Vertrauen des Landes besitzet, und die

Besorgnisse vor reactionären Bestrebungen und Beeinträchtigung der Volkstheorien zu beseitigen geeignet ist.

Wir erkennen in diesem Beschlusse den Richtspruch, unter dessen Anerkennung sich die getrennten Parteien die Hand zu reichen haben. Wir hoffen deshalb, daß insbesondere die Krone nicht zögern werde, die geforderte Ernennung anderer Minister, welche dem Lande für seine erlangenen Freiheiten sichere Garantie leisten, in das Werk zu setzen, und sogar die Erwartung, daß mit dieser Ernennung auch alsobald alle die Ausnahmemaßregeln ihre Endschafft erreichen werden, welche die gerechten Besorgnisse des Landes erregt haben.

Halle, den 18. November.

Der constitutionelle Club zu Halle.

Erklärung.

Das in Uebereinstimmung mit der Nationalversammlung erlassene Gesetz vom 24. September dieses Jahres hat den Bürgern des preussischen Staates die persönliche Freiheit unter Sicherstellung gegen nicht von dem ordentlichen Richter ausgehenden Verhaftungen, so wie die Unverletzlichkeit der Wohnung gewährleistet (§. 1. und §. 6.) Der §. 8 desselben Gesetzes bestimmt:

Im Falle eines Krieges oder Aufruhrs kann, wenn die Volksvertretung nicht versammelt ist, durch Beschluß und unter Verantwortlichkeit des Staatsministeriums die zeit- und districtswise Suspendirung des §. 1 und 6 gegenwärtigen Gesetzes provisorisch ausgesprochen werden. Die Volksvertretung ist jedoch in diesem Falle sofort zusammenzuberufen.

Seit fast 14 Tagen dauert bereits der Belagerungszustand Berlins, die gewährleistete Freiheit der Person und die Unverletzlichkeit der Wohnung sind seit dieser Zeit in der Hauptstadt des Landes suspendirt. Wenn es wahr ist, was die Minister dem Lande verkündet haben, daß es nur ihre Aufgabe und ihr Streben sei, die mannigfach durchbrochene Rechtsordnung und die Achtung vor dem Gesetze wieder herzustellen, so verlangen wir auch Angesichts dieses vor kaum zwei Wochen erlassenen Gesetzes, daß das Ministerium der Verpflichtung nachkomme, welche ihr durch das Gesetz vom 24. Sept. auferlegt ist, und die in diesem Augenblicke nicht versammelte Nationalversammlung sofort wieder zusammenberufe.

Halle, den 18. Novbr.

Der constitutionelle Club zu Halle.

Erklärung.

Die Nationalversammlung zu Berlin hat im Ringen mit der Staatsgewalt in ihrer letzten Sitzung vom 15. Novbr. einen Beschluß gefaßt, der alle wohlgesinnten Staatsbürger mit tiefer Betrübnis erfüllt hat — der Beschluß, wonach das Ministerium nicht berechtigt sein solle, ferner über Staatsgelder zu verfügen, und Steuern zu erheben. Wir haben laut unserer Zustimmung kund gegeben, als die Nationalversammlung, abweichend von dem unerquicklichen Getriebe ihrer frühern Verhandlungen in würdigerer Weise einer Maßregel der Regierung entgegengetreten zu wollen schien, welche sie und wir mit ihr als eine ungerechte betrachteten mußten. Aber ebenso laut müssen wir jetzt unsere tiefe Mißbilligung darüber aussprechen, daß die Versammlung sich zu einem Beschlusse hinreißen ließ, der, im Sturme einer leidenschaftlichen Opposition gefaßt, nicht allein völlig außerhalb der Grenzen der ihr zugewiesenen Befugnisse lag, sondern auch in das Land selbst, dessen Interesse die Versammlung zu vertreten berufen war, die Brandfackel einer maßlosen Anarchie und Revolution zu schleudern droht. Wir erklären daher hiermit feierlich und öffentlich, daß wir diesen Beschluß der Nationalversammlung nicht anerkennen noch befolgen werden, und fordern alle unsere politischen Freunde auf, im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt den verderblichen Folgen dieses Beschlusses mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Halle, den 18. November.

Der constitutionelle Club.

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentlich drei Mal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr. für's Vierteljahr; bei den Postanstalten und im Buchhandel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 23.

Halle. Donnerstag, den 23. November.

1848.

Inhalt: Der wahre Stand der Dinge in Berlin. — Sitzung des Konstit. Clubs zu Halle.

Der wahre Stand der Dinge in Berlin.

Von R. Haym.

Frankfurt, den 18. Novbr.

Die Nr. 19 Ihres Bürgerblattes enthält einen Aufsatz über die gegenwärtigen Zerrwürnisse in Preußen, welcher nach Inhalt und Tendenz denjenigen Ansichten diametral zuwiderläuft, welche ich über dieselbe Angelegenheit habe und mit der Majorität der hiesigen Nationalversammlung theile. Denn ich stehe in diesem großen und entscheidenden Konflikte auf Seiten der Krone. — Sie stellen sich auf die Seite derjenigen Versammlung, welche mir nicht mehr als Nationalversammlung, sondern als ein rebellisches Kumpfparlament gilt. Ich darf daher nicht erwarten, daß Sie schon jetzt einem Aufsatz einen Raum in Ihrem Blatte gewähren, welcher die der Ihrigen entgegengesetzte Ueberzeugung vertritt.*) Aber Eins darf ich von Ihrer Wahrheitsliebe, sowie von der Gemeinschaftlichkeit erwarten, in welcher wir bisher in den schweren politischen Aufregungen dieser Zeit verbunden waren. Sie werden die Aufklärungen, die thatsächlichen Berichtigungen nicht von sich weisen, welche doch allererst das Urtheil über diese Sache sicher bestimmen können. Ich verhalte mich rein als Berichterstatter, ich bitte Sie, mir in die deutsch-reformirte Kirche, das gegenwärtige Sitzungstokal der deut-

*) Ich bedaure sehr, daß der geehrte Verfasser sich hat abhalten lassen, sein Urtheil über den Rechtspunkt, der nicht nur mir, sondern fast der gesammten konstit. Partei das Concept verriet, mitzutheilen, da man in Frankfurt gewiß ruhiger und unparteiischer die Sachlage erwägt als wir. Das Ueberstreiten bestehender Gesetze und der Umstand, daß diese Ueberstreitung von einem Ministerium ausging, zu welchem das Land kein Vertrauen hatte, bewog die konstit. Partei zu einer kräftigen Unterstützung des Rechts der N. B. gegen die Krone. Der Fehler scheint mir auf beiden Seiten zu liegen. Möge der Herr Verf. bald seine Ansicht über jenen Rechtspunkt dartegen und sich überzeugt halten, daß ich mich nicht gekränkt fühlen kann, wenn ich eines Bessern belehrt werde.

Rr.

schen N. B. zu folgen und dem am heutigen Tage hier Vorgefallenen Ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Sie kennen unsern Beschluß vom 14. d. M. Die N. B. stellte sich in demselben — wie namentlich die Motive ausweisen — wesentlich auf die Seite der Krone; aber sie suchte zugleich die Maßregeln derselben zu läutern, von dem ihnen anhaftenden reaktionären Scheine zu befreien, sie versuchte noch einmal zu vermitteln zwischen den feindlich gegenüberstehenden Parteien. Dies Letztere, weil die Thatsachen noch nicht in vollem Umfange bekannt waren.

Heut jedoch sind sie bekannt. Der Unterstaatssekretär Bassermann, als Abgesandter der Reichsgewalt nach Berlin geschickt, ist gestern Abend zurückgekehrt. Heut morgen stand ein excentrischer Antrag von Rappard auf unsrer Tagesordnung, welcher unsern Beschluß vom 14. umstoßen und uns zur entschiednen Parteinahme für das Kumpfparlament verpflichtete.

„Ich danke dem Namen Streben wenigstens über die Nichtigkeit seiner Ueber die Grenzen der ein Nachbarland gewichtig „Aber ich gehe über Berlin und auf die Grün Die Zustände, welche seit die Unfreiheit ihrer Berat October, endlich die Ver — das Alles, meine Herr hin diese Zustände die welchem Widerspruche insbeson deren Nationalversammlung

*) Dem Antragsteller Rappard Bassermann's frühere Wirksamkeit hinter der Revolution zurück Berlin gehandelt.

